

Protokoll

Über die Landtagssitzung vom 14. Okt. 1939:

Anwesend: Sämtliche Abgeordnete, mit Ausnahme des Abg. Eberle Triesen.

Beginn: vormittags 9 Uhr

Reg. Chef referiert über den gegenwärtigen Stand der kriegswirtschaftlichen Massnahmen hinsichtlich des Personenverkehrs und Wagenverkehrs mit der Schweiz und mit Deutschland über die Versorgung mit Lebensmitteln und die Rationierung von solchen und von Benzin mit Sattkartoffeln u. s. w.

Der Landtag nimmt von dem Berichte Kenntnis.

Einbürgerung W.A. Bekk und Ehefrau.

Nach Kenntnisnahme der Unterlagen und des Ergebnisses der Gemeindeabstimmung von Triesen beschliesst der Landtag Weiterleitung des Gesuches an Seine Durchlaucht zur Verleihung des Staatsbürgerrechtes.

Einbürgerung Friedrich Wilhelm Nottebohm.

Der Landtag beschliesst nach Kenntnisnahme der Unterlagen das Gesuch zur Gemeindeabstimmung der Gemeinde Mauren zu übermitteln.

Erhöhung der Beschlussgebühren des Landtages bei Beschlüssen über Einbürgerung.

Der Landtag beschliesst die Beschlussgebühr auf Fr 3000.- zu erhöhen, von denen 2000 Fr. in den Baufond des Realschulgebäudes zu fliessen haben.

Landesschule, Lehrerwohnung der Gemeinde Vaduz und Bauplatzfrage.

Der Landtagspräsident referiert über den Stand der Verhandlungen mit Seiner Durchlaucht und der Gemeinde. Darnach wäre Seine Durchlaucht bereit, der Gemeinde den sogenannten Landesschulgarten zwischen dem Schulhause Vaduz und dem Garten der Frau Dr. Batliner und dem Pferdestall (Besitz der Gemeinde) zum Baue einer Lehrerwohnung zu schenken, wenn demgegenüber die Gemeinde die Liegenschaft des Pferdestalles dem Land für zukünftige Bauprojekte abtreten würde.

In der anschliessenden Diskussion wird seitens des Abg. Risch die Auffassung vertreten, dass es nicht angehe, den Platz für die zukünftige Landesschule zu präjudizieren. Es soll offen bleiben, wo später dieses Objekt erstellt werden soll.

Seitens des Abgeordneten Bühler wird entgegengehalten, dass es durchaus unzweckmässig sei, am geplanten Orte die Lehrerwohnung zu errichten, sondern das Land solle dahin trachten, dass sowohl der Landesschulgarten als die Liegenschaft mit dem Pferdestall vom Land erworben werden soll.

Der Landtag beschliesst nach einlässlicher Diskussion, dass mit der Gemeinde, in dem Sinne verhandelt werden solle, dass sie gegen Abtretung der Liegenschaft mit dem Pferdestall ein anderes Grundstück für die Lehrerwohnungen vom Lande zur Verfügung gestellt erhält und dass andererseits Seiner Durchlaucht die Bitte unterbreitet werde, den Landesschulgarten dem Lande geschenkweise zu überlassen.

Man erkundigt sich über den Stand der Entwässerungsangelegenheit in Triesen. Reg. Chef Stellv. Dr. Vogt gibt bekannt, dass die Gde. Triesen sofort Antwort erhält, wenn die Vaduzer Gemeinde ihre Stellungnahme bekannt gegeben haben wird.

Man referiert sodann über die Kartoffelversorgung. Es sei heute sehr schwierig die Transportgestaltung. In der Schweiz sei nur ein Einfuhrsyndikat berechtigt Kartoffeln einzuführen, es sei daher nicht möglich, dass Gde. Schaan ein Kontingent bekommt. Es wäre ja nur zu wünschen, wenn diese auch zusätzlich was bekäme. Die Schweiz werde Saatgut in genügender Menge hertun. Sie wird auch den Kartoffelanbau stark fördern, die Bergbauern sollen z.B. verpflichtet werden, sich selbst mit Kartoffeln zu versorgen. Spielplätze, die nicht unbedingt nötig seien, sollen zu Pflanzland verwendet werden. Manche Schweizer Städte seien fast ohne Kartoffeln und einige Kantone hätten die Bestandsaufnahme von Kartoffeln verlangt. Das Kriegswirtschaftsamt wolle aber vorläufig davon absehen. Sollte es dazu kommen und in der Folge zur Ablieferung der Kartoffeln mit Ausnahme eines Quantums von etwa 90 kg. pro Person so würde das auch L. Stein treffen.

Man rügt auch die schnelle Einberufung von Landtagssitzungen und bemerkt, dass man nicht z.B. wegen einer Einbürgerung einen Landtag einberufen solle. Eine solche könnte nur im Zuge einer ordentlichen Landtagssitzung erfolgen.

Man bemerkt, man habe offenbar wollen über die Verhandlungen im 156. Bericht dem Landtag berichten. Wegen einer Einbürgerung meint er auch

solle man den Landtag nicht einberufen.

Herrn Wendelin Beck fragt noch an wegen des Strassenstückes Jonaboden, was das Land dort zu machen gedenke.

Herrn Präsident Frommelt klärt auf, dass das alte Schulhaus in Tr.berg das Haupthindernis sei, warum es dort noch nicht vorwärts ging, es wäre sehr angenehm, wenn da die Gemeinde Entgegenkommen zeigen würde. Das Land könne nicht etwa 20,000 Fr. für das Schulhaus zahlen.

Vaduz, am 14. 10. 1939.

Gefertigt: